

Publicum. Theorien der Öffentlichkeit

Vera Kockot und Ulf Wuggenig

Wer sich auf das Feld der Theorien der Öffentlichkeit und der »res publica« begibt, betritt nicht nur ein Terrain von hoher semantischer Konfusion¹, sondern zugleich eine der Domänen der scholastischen Vernunft schlechthin. Beschränkt man sich lediglich auf die Opposition von öffentlich und privat, dann kommen dem Begriff der Privatheit zumindest vier Bedeutungen zu. So wird Privatheit als Sphäre der moralischen und religiösen Fragen verstanden, also jener Fragen, die rational nicht lösbar erscheinen und deshalb als Sache des Glaubens, des Gewissens oder der Weltanschauung eingestuft werden. Dann verweist der Begriff der Privatheit auf den Haushalt. Eine andere Tradition des Gebrauchs dieses Begriffs betont solche Phänomene wie Intimität, Sexualität, Krankheit und die Sicherung einer persönlichen Sphäre. Und schließlich wird das Konzept auch mit den »modernen Freiheiten« identifiziert, also mit jenen privaten Rechten, die den Eingriffsmöglichkeiten des Staates in das Wirtschaftsleben Grenzen setzen. Der Begriff des Öffentlichen wiederum kann sich unter anderem beziehen a) auf den Staat, b) auf allgemeine Zugänglichkeit, c) auf Belange, die von allgemeinem Interesse sind und d) auf Fragen des gemeinsamen Guten.²

Die Bedeutungen von öffentlich und privat sind somit stark kontextabhängig, und ambivalente Einstellungen zu diesen Begriffen mehr als wahrscheinlich. Privatheit wird z. B. als Wert geschätzt, der eine Sphäre bereitstellt, innerhalb derer Handeln frei von Einmischung und Beobachtung von anderen möglich ist. Zugleich kann das Private aber als Deckmantel und Schutzschild von Herrschaft fungieren, sodass etwa von feministischer Seite Forderungen nach einer gänzlichen Abschaffung des Privaten erhoben wurden.³

Die Grenzen von öffentlich und privat stehen nicht fest, sondern sind in vielen Hinsichten umkämpft. Wenn man die Bedeutung des Privaten zugrunde legt, die sich auf Privateigentum und Marktwirtschaft bezieht, so geraten heute notwendigerweise die Strategien in den Blick, welche auf eine Rückeroberung des Privaten abzielen. Sie werden sowohl durch »Expertendiskurse«, die in Enklaven eingeschlossen sind, als auch durch öffentliche Diskurse vorbereitet und unterstützt. Reprivatisierungsdiskurse, die teils von Institutionen der Zivilgesellschaft ausgehen, wie Vertreter der Gouvernementalitätstheorie unterstreichen, teils aber auch von staatlicher Seite selbst initiiert und getragen werden⁴, laufen auf die Zurückdrängung des Öffentlichen z. B. in zwei Formen hinaus: aus institutioneller Per-

spektive betrachtet auf Deregulierung und Einführung marktförmiger Mechanismen in öffentlichen Institutionen, aus diskurstheoretischer Perspektive auf Entpolitisierung, wenn man unter »politisch« jene Angelegenheiten versteht, um die es öffentliche Auseinandersetzungen gibt, die also in »diskursiven Öffentlichkeiten« umstritten sind. Wie Nancy Fraser dargelegt hat, dienen vor allem zwei diskursive Strategien der Verdrängung potenziell umstrittener Materien aus öffentlichen Diskursen, nämlich die Klassifikation als »häuslich« und die Klassifikation als »ökonomisch«. Strategien des ersten Typs bedienen sich des Mittels der Personalisierung bzw. Familiarisierung, indem bestimmte Probleme als persönliche bzw. häusliche Angelegenheiten definiert werden. Für die Strategien des zweiten Typs hingegen ist charakteristisch, dass sie sich auf Sachgesetzmäßigkeiten wie anonyme Marktimperative, auf die Prärogative privaten Eigentums oder auf den technischen Charakter von Problemen berufen.

Die Verweise auf solche Auseinandersetzungen und auf die Politik der Entpolitisierung, welche dazu beigetragen hat, dass auch das Konzept der Öffentlichkeit an diskursiver Sichtbarkeit verloren hat, schöpfen die virulenten Fragen, die in Zusammenhang mit dem Begriff des Öffentlichen und der Öffentlichkeit aufgeworfen werden, natürlich in keiner Weise aus. Zum einen, weil öffentlich in relevanter Weise statt mit privat etwa auch mit »geheim« kontrastiert werden kann⁵ und zum anderen, weil – wie Warner aufgezeigt hat – es noch eine Vielzahl anderer Möglichkeiten gibt, das Öffentliche mit dem Privaten zu kontrastieren, als in der eingangs skizzierten Form.⁶ Auch die Beiträge in diesem Band, die überwiegend auf ein Symposium mit dem Titel *Publicum* zurückgehen, das im Juni 2004 im *Kunstraum der Universität Lüneburg* abgehalten wurde, verdeutlichen dies in ihrer Vielschichtigkeit.

Wenn man sich die jüngere Geschichte des Feldes der Theorien der Öffentlichkeit vor Augen führt, lässt sich kaum übersehen, dass besonders starke und langfristig wirksame Feldeffekte weniger von Vertretern deskriptiver Theorien⁷ als vielmehr von Philosophen wie Jürgen Habermas⁸ und John Rawls⁹ ausgingen, also von Denkern, deren Arbeiten nicht nur normativ ausgerichtet sind, sondern auch den »scholastischen Habitus« (Bourdieu) in besonders reiner Form repräsentieren. Begleitet wurden und werden ihre Beiträge von einer kaum überschaubaren Flut an kommentierender Literatur¹⁰, teils apologetisch orientiert, überwiegend jedoch kritisch.

Sheila Benhabib zählt in diesem Zusammenhang zu den Autorinnen des apologetischen Typs, wobei sie Habermas' diskursives Modell gegenüber der vertragstheoretischen Entscheidungstheorie von Rawls favorisiert. Dessen politische Philosophie hat aus der Sicht der Verfechter der Idee einer »starken Demokratie« den Mangel, dass sie die für liberale Theorien des Öffentlichen charakteristische Beschränkung auf »dünne Formen des politischen Lebens« aufweist. Mit den Ideen über den »freien und öffentlichen Vernunftgebrauch«¹¹ zielt Rawls aus ihrer Sicht eher auf Untersuchungsausschüsse als auf das freie Rasonieren von Bürgerin-

nen und Bürgern über öffentliche Angelegenheiten. Außerdem klammert die Rawlssche Vertragstheorie in einer für die liberale Theorietradition charakteristischen Weise gewisse Themen aus dem öffentlichen Diskurs aus. Benhabib verteidigt deshalb die an Habermas orientierte Idee der »diskursiven Öffentlichkeit« sowohl gegenüber Vertretern agonistischer oder theatralischer Theorien der Öffentlichkeit als auch gegenüber den Postulaten des liberalen Paradigmas.

Eine prominente Spielart des agonistischen Paradigmas geht auf Hannah Arendt zurück. Im Unterschied zu den zeitgenössischen Varianten der Vertragstheorie rekurrierte sie weder auf einen hypothetischen Urzustand im Sinne eines Gedankenexperiments, das faire Resultate sicherstellen soll, noch auf die der ökonomistischen Tradition und dem Ultraliberalismus teure Fiktion rationaler, atomistischer Akteure. Arendt griff vielmehr auf den politischen Raum der griechischen Polis als Modell des öffentlichen Raumes zurück.¹² Demgemäß wird in dieser nostalgischen Theorie öffentlicher Raum auch als eine Art Bühne für Kämpfe um Anerkennung konzipiert, d. h. soziologisch gesprochen als eine Arena für Identitäts- bzw. Statuspolitik¹³ bzw. für kohäsive soziale Rituale. In dieser phänomenologisch charakterisierten Welt der Erscheinungen, in der über Deliberation und Debatten aus unterschiedlichsten Perspektiven die eigentliche Realität konstituiert wird, hinter oder unter der es keine tiefere Ebene gibt, wird gemäß dieser Theorie über ein entfaltetes öffentliches Leben der *sensus communis* hergestellt.

Aus der Sicht von Benhabib weist der von Habermas entwickelte Begriff der Öffentlichkeit den Vorzug auf, das legalistisch-liberale Modell der Öffentlichkeit mit der von Arendt akzentuierten agonalen, streitlustigen Dimension der Öffentlichkeit in einer Form zu verbinden, welches den »Gegebenheiten hochdifferenzierter, pluralistischer moderner Gesellschaften«¹⁴ gerecht wird. Eine solche Einschätzung wird jedoch weder von Vertretern des agonistischen Modells im Bezugsrahmen des Paradigmas der »radikalen Demokratie« geteilt, noch von denen einer konflikttheoretisch orientierten Soziologie oder gar von Vertretern der postmodernen bzw. poststrukturalistischen Sozialtheorie, welche grundlegende Präsuppositionen dieser Theorie der Öffentlichkeit in Frage stellen. Zu unterscheiden sind die dekonstruktiv orientierten Beiträge dieser Richtung von den konstruktiven¹⁵, die sich als Beiträge zum Entwurf alternativer Welten bzw. zur Stärkung demokratischer Strukturen verstehen. So stellt aus der Perspektive der Theorie der Simulakren die Unterscheidung zwischen einer authentischen öffentlichen Sphäre des Handelns und ihrem durch den Aufstieg des »Gesellschaftlichen« inauthentisch gewordenen Gegenpart bloßen Verhaltens bei Arendt nur eine nostalgische Suche nach einem nicht existierenden Referenten dar. Stärker auf die epistemologische als auf die ontologische Ebene zielte hingegen Lyotard, der den Konsens als einen »veralteten und suspekten Wert« bezeichnete und ihm die grundsätzliche Paralogie, Heteromorphie und Heterogenität von Sprachspielen bzw. pragmatischen Regeln entgegenhielt.¹⁶ Damit brachte er zugleich einen der zentralen Gesichtspunkte späterer postmodernistischer Theoretisierungen der Öffentlichkeit ein,

nämlich die Betonung der irreversiblen Fragmentierung der öffentlichen Sphäre durch Sprachspiele mit kontext-abhängigen Regeln, Kompetenzen und Anwendungsformen, ein Gedanke, der sich nicht nur in einer Reihe von anti-essenziellistischen Ansätzen, sondern auch in profaneren essenziellistisch-multikulturalistischen bzw. identitätspolitischen Richtungen des politischen Diskurses wieder findet, wobei es fließende Übergänge zum rassistischen Ethnopluralismus gibt.¹⁷

Chantal Mouffe findet es insbesondere problematisch, dass die deliberativen bzw. konsenstheoretischen Modelle von Öffentlichkeit gegenüber den auf »Interessen« basierenden Vorstellungen von Öffentlichkeit und Demokratie, die auf die utilitaristische Tradition zurückgehen und eine skeptische Haltung gegenüber ausgehnter politischer Partizipation und starker Demokratie einnehmen, Fragen der Ethik und der Gerechtigkeit in die politische Sphäre einbringen. Die Umstellung von Interesse auf Vernunft und rationale Argumentation stellt einen Wechsel von einem ökonomischen zu einem moralischen Modell der Öffentlichkeit dar, wobei den Ansätzen von Habermas bis Rawls gemeinsam ist, dass ihnen letztlich die Dimension des Politischen fehlt, da sie Politik auf Ethik reduzieren. Weder das diskursethische deliberative Modell noch das Rawlsche Vertragsmodell stellen aus der Perspektive der Theoretiker und Theoretikerinnen der radikalen Demokratie deshalb Alternativen zur atomistisch-aggregativen Konzeption dar. Ein Modell von Öffentlichkeit, das Leidenschaften in die private Sphäre verbannen will und aus dem Macht und Widerstreit eliminiert werden, stellt sich nicht solche entscheidenden Fragen, wie Macht mit demokratischen Werten vereinbart werden oder Feindseligkeit domestiziert werden kann, und es bietet auch keine Lösungen für die Entschärfung von Antagonismen oder für die Verwandlung von Feinden in Gegner an.¹⁸

Das Thema der Exklusion aus der Öffentlichkeit bzw. dessen inadäquate Behandlung in dem frühen, der bürgerlichen Öffentlichkeit gewidmeten idealtypischen Modell von Habermas war seit der einflussreichen Studie von Negt und Kluge über proletarische Gegenöffentlichkeiten¹⁹ ein beständiger Topos der Kritik am deliberativen Modell. Als klassenpolitische Fragen in den Ländern des Westens in den 1970er und 1980er Jahren wieder in den Hintergrund zu treten begannen, wurde das Exklusionsthema insbesondere von postmodernistischer, aber auch von identitäts- bzw. statuspolitischer Seite wach gehalten, also von Kulturalisten und Verfechtern der Politik der Anerkennung. Die feministische Kritik entfaltete diesbezüglich zunächst die stärkste Wirksamkeit, wobei Habermas in Reaktion auf den Vorwurf der Vernachlässigung der Reflexion des Androzentrismus seines Modells²⁰ einräumte, dass dem Ausschluss von Frauen im Gegensatz zu dem von unterprivilegierten Männern »eine strukturbildende Kraft« für die öffentliche Sphäre zukomme.²¹ In jüngerer Zeit sind identitätspolitische Ansätze in den Vordergrund getreten, die sich mit dem Ausschluss von Minoritäten mit partiellen bzw. ohne Bürgerrechten sowie mit Fragen »diasporischer öffentlicher Sphären« befassen.²²

Unter dem Einfluss von Multikulturalismus und Identitätspolitik, vor allem in den angelsächsischen Ländern, sowie von Diskursen, welche Diversität und Differenz betonen oder verherrlichen, wurde vielfach auch die im deliberativen Mainstream-Modell verankerte Vorstellung einer alles umspannenden öffentlichen Sphäre preisgegeben²³ und von Modellen vielfältiger bzw. konkurrierender Teilöffentlichkeiten abgelöst, womit unter theoretischen Gesichtspunkten zugleich auch das Analysefeld von Interaktionen und Beziehungen zwischen Öffentlichkeiten eröffnet wurde.

Bénatouil hat unter Rückgriff auf Deleuze die Stoßrichtung von vier zentralen kritischen Projekten der jüngeren Zeit zu bestimmen versucht. Er stellte den Nietzscheanischen Typus der Kritik in Form der Dekonstruktion von Derrida und der Archäologie von Foucault dem Kantianischen Typus von Kritik gegenüber, den er sowohl bei Habermas als auch bei Bourdieu ausmacht, zwei durch ihre Methodologien an sich scharf getrennten Ansätzen – philosophisch, transzendental, scholastisch und formell bei Habermas, soziologisch, empirisch und radikal reflexiv bei Bourdieu.²⁴ Bourdieus Vernunftkritik ist einerseits als weniger radikal als die von Derrida und Foucault einzuschätzen, andererseits fallen die Dekonstruktion und die Archäologie im Bereich der Erkenntnis jedoch genauso unter das Verdikt der scholastischen Irrwege, wie im Bereich der Ästhetik etwa der ästhetische Universalismus von Kant, oder im Bereich der praktischen Vernunft die rationalistischen Theorien der Öffentlichkeit von Jürgen Habermas oder John Rawls. So macht Bourdieu bei Rawls ein formales Modell aus, bei der die »Sache der Logik« allzu ersichtlich die »Logik der Sache« ausschaltet und sich die Projektion des eigenen Standpunkts in der Form findet, dass den unter den Schleier des Nicht-Wissens gestellten »Partnern im Urzustand stillschweigend ein latentes Ideal unterstellt (wird), das kein anderes ist als sein eigenes, das eines homo scholasticus, der einer idealen Sicht der amerikanischen Demokratie anhängt.«²⁵ Und gegen die »epistemozentrische Illusion« von Habermas wendet er ein, dass ihr »die Ignoranz (oder Verdrängung) der Zugangsbedingungen zur politischen Sphäre und der Diskriminierungsfaktoren (wie Geschlecht, Bildung oder Einkommen) zugrunde liegt – Faktoren, die nicht nur den Zugang zu Positionen im politischen Feld einschränken (...), sondern grundsätzlich den Zugang zu artikulierter politischer Meinung«.²⁶

Bereits in dem Beitrag mit dem plakativen Titel »Die öffentliche Meinung gibt es nicht«²⁷ bezog Bourdieu eine äußerst skeptische Position gegenüber den Präsuppositionen der normativen Theorien der Öffentlichkeit, wie sie im Bereich der politischen Philosophie gängig sind. Die Idee einer funktionierenden Öffentlichkeit setzt nicht nur Inklusion voraus, sondern darüber hinaus, dass diejenigen, die zur Partizipation formal berechtigt sind, sich eine (politische) Meinung bilden und diese artikulieren können. Eine Reihe von sozialen Mechanismen lassen Öffentlichkeiten in einem emphatischen Sinne unter gegebenen Bedingungen als unwahrscheinlich erscheinen: Zu ihnen zählen die verborgene Zensur der spontanen Selbstauss-

schaltung aus dem politischen Spiel in Form von Desinteresse am Spiel, die systematisch strukturierten Wahrscheinlichkeiten der Beantwortung von politischen Fragen bei Meinungsumfragen bzw. die verbreitete aber üblicherweise nicht berücksichtigte Meinungslosigkeit, die der Nicht-Beteiligung an Wahlen entspricht. Die Gruppen, welche das größte Defizit an Meinungsfähigkeit haben, sind auf ihren praktisch-sozialen Sinn bzw. auf die prä-diskursive *fides implicita* reduziert, die eine Selbst-Übereignung in Form der Übertragung der Entscheidungsfindung an andere Instanzen impliziert. Eine der wichtigsten Funktionen der Meinungsumfragen besteht darin, die Illusion zu vermitteln, dass es so etwas wie eine öffentliche Meinung tatsächlich gäbe. Wie Bourdieu bereits in seinen frühen Studien über das Subproletariat in Algerien verdeutlichte, stellt sich die Frage der Bedingungen der politischen Partizipation in der Peripherie auf Grund von ökonomischen Existenzbedingungen, die dies verhindern, in ungleich verschärfter Form.²⁸

Unter theoretischen Gesichtspunkten bewegen sich die Beiträge zum Symposium *Publicum* und zu diesem Band nicht im Bezugsrahmen der analytischen Philosophie, sondern in dem von kritischer Theorie, feministischer Theorie, radikaler Demokratietheorie, kritischer Soziologie, Cultural Studies und Poststrukturalismus. Für die Auswahl der Beiträge war der Gesichtspunkt maßgeblich, vernachlässigte bzw. schwach theoretisierte Bereiche des Öffentlichkeitsdiskurses besonders zu gewichten. Dies bedeutete etwa, nicht nur die Polarisierung von öffentlich-privat, sondern auch die von öffentlich-geheim einzubeziehen, oder zu versuchen, einige Beiträge aufzunehmen, welche den vorherrschenden impliziten Nationalismus des Diskurses um Öffentlichkeit bewusst vermeiden.

Es bedurfte offenbar erst des in vielen Hinsichten ideologischen Globalisierungsdiskurses, um die Fixierung der Theorien der Öffentlichkeit auf die nationalstaatliche Ebene zu problematisieren. Die nach wie vor nur bescheidenen Fortschritte auf diesem Gebiet²⁹ verweisen auf ein wichtiges Desiderat der künftigen Theoriebildung zur Öffentlichkeit, nämlich die Auseinandersetzung mit avancierten Sozial- und Kulturtheorien zu suchen bzw. Synthesen mit ihnen einzugehen, welche den vorherrschenden methodologischen und konzeptionellen Nationalismus zu durchbrechen erlauben. Bereits lange vor dem in den 1980er Jahren einsetzenden Globalisierungsdiskurs hatte sich – den realen Verflechtungen, einseitigen Abhängigkeiten und Inderdependenzen im Weltmaßstab entsprechend – eine Theoriebildung in Form von Dependenz-, Weltsystem- und Imperialismustheorien herausgebildet, welche die endogenen Betrachtungen gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen hinter sich ließ und im übrigen auch den Eurozentrismus zu überwinden suchte, der für die westlichen Sozialwissenschaften und die westliche Philosophie, insbesondere auf dem Gebiet der Theorie der Öffentlichkeit charakteristisch ist.³⁰

Einem im engeren Sinne theorieorientierten Abschnitt, in dem programmatisch eine Erweiterung des Diskurses in diese Richtung gefordert wird und in dem vor

allem Beiträge aus den Bereichen der kritischen politischen Soziologie, der dritten Generation der Frankfurter Schule, der feministischen Theorie und des Poststrukturalismus zu finden sind, folgt ein Abschnitt mit Beiträgen, die sich auf das Feld der visuellen Kunst beziehen bzw. unmittelbar aus diesem hervorgegangen sind. Dieses Feld hat seit den späten 1980er Jahren eine Spaltung zwischen einer vom Kunstmarkt und dessen Händler-Sammler-Galerien-System dominierten Sphäre und einem Subfeld erfahren, in dem – auch unterstützt durch öffentliche Gelder – theoretische und politische Diskurse ohne Berücksichtigung von Gesichtspunkten ökonomischer Verwertbarkeit geführt werden. Der Begriff des Öffentlichen, Public Art, Kunst im öffentlichen Raum, Kunst im öffentlichen Interesse und Versuche, die nach wie vor den Fraktionen mit hohem Bildungskapital vorbehaltenen Kunstklaven mit Hilfe von »öffentlicher Kunst« zu überschreiten, hatten insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er Jahre einen hohen Stellenwert. In dieser Zeit wurden im Kunstfeld auch erstmals systematisch theoretische Beiträge zur Öffentlichkeit aufgegriffen, und zwar insbesondere solche aus den Bereichen der feministischen Theorie, der radikalen Demokratie und der kritischen Soziologie. Der einschlägige Diskurs im Kunstfeld, der noch in den 1980er Jahren in eher naiver Form geführt wurde, hat davon nachhaltig profitiert, wovon die Beiträge von KünstlerInnen, KuratorInnen und TheoretikerInnen in diesem Abschnitt zeugen wie auch andere neue Publikationen auf diesem Gebiet.³¹

Ein spezielles Interesse der Auseinandersetzung mit Habermas, das vor allem die Medienwissenschaften, aber auch die Cultural Studies zeigten, gilt der an Adornos Theorie der Kulturindustrie orientierten Einschätzung der Medienmacht. Habermas hatte seine erste große Studie zur Theorie der Öffentlichkeit zu einer Zeit verfasst, als das Fernsehen in Europa erst Fuß zu fassen begann, er selbst es jedenfalls noch nicht aus eigener Erfahrung kannte. Nichts deutet jedoch stärker auf die Macht von diskursiven Rahmungen hin als der Niedergang eines kritischen Bewusstsein gegenüber Medienmacht und Konsumismus im Vergleich zu den 1960er Jahren. Konsumdruck und private Medienmacht haben sich seit 1961 vervielfacht. Wer wollte bestreiten, dass Formulierungen wie die folgenden die Realitäten der Gegenwart in ganz anderer Weise treffen als die der noch kaum entwickelten Konsum- und Mediengesellschaft vor mehr als 40 Jahren:

»Öffentlich relevante Entwicklungen und Entscheidungen (werden) ins private Kostüm gekleidet und durch Personalisierung bis zur Unkenntlichkeit entstellt. (...) Nicht-verbale Mitteilungen oder solche, die, wenn nicht überhaupt in Bild und Ton übersetzt, durch optische und akustische Stützen erleichtert sind, verdrängen in mehr oder minder großem Maße die klassischen Formen der literarischen Produktion. Stark aufgelockerter Umbruch und vielfältige Illustrationen unterstützen die Lektüre, deren Spontaneitätsspielraum überhaupt durch eine Vorformung des Stoffes (patterning, predigesting) eingeschränkt ist; das Raisonement verschwindet hinter dem Schleier der intern getroffenen Entscheidungen über Selektion und Präsentation des Materials. Sodann verändert sich der Anteil der

politischen oder politisch relevanten Nachrichten. (...) Die delayed reward news werden von den immediate reward news: comics, corruption, accident, desaster, sports, recreation, social events, human interest nicht nur zurückgedrängt, sondern auch tatsächlich weniger und seltener gelesen. Schließlich nehmen die Nachrichten überhaupt Formen der Einkleidung an, werden vom Format bis ins stilistische Detail einer Erzählung angeglichen (news stories); die strenge Scheidung von fact und fiction wird immer häufiger aufgegeben.«³²

Die Theorie der Kulturindustrie geriet als Manipulationstheorie der Medien in die Kritik, vor allem seitens rezeptionsorientierter und konstruktivistischer Ansätze, welche die Freiheit des Konsums gegenüber der Produktion unterstreichen. Habermas hat dieser Kritik unter Verweis auf »Stuart Halls Unterscheidung zwischen drei verschiedenen Interpretationsstrategien der Zuschauer, die sich der Struktur des Angebots entweder unterwerfen, ihr opponieren oder das Angebot mit eigenen Deutungen synthetisieren«³³ angesichts der seit den frühen 1960er Jahren veränderten Realitäten in einer erstaunlich unkritischen Form nachgegeben, da er weder Halls Betonung der Rahmung durch die Produktion, noch die eklatanten Schwächen von dessen Encoding-Decoding Modell reflektierte. Im Diskurs um Öffentlichkeit und Massenmedien haben Vertreter des Medienflügels der Cultural Studies mit ihrer Betonung der Autonomie der Rezeption gegenüber der Produktion³⁴ vielleicht in stärkstem Maße jene affirmative Rolle gespielt, die den Cultural Studies den generalisierten Verdacht der Komplizenschaft mit der neoliberalen Konsumkultur eingebracht hat, der in dieser allgemeinen Form jedoch kaum aufrechtzuhalten ist. Angesichts der Kapitulation von Habermas und der Vorherrschaft eines eher naiven Konstruktivismus im Bereich von Cultural Studies und Medienwissenschaft wird die Tradition der radikalen Medienkritik heute am ehesten noch in Frankreich aufrechterhalten.³⁵

Die Medien sind es jedoch auch, die es ermöglichen, Beschränkungen auf lokale und nationale Ebenen aufzuheben, Akteure und Öffentlichkeiten zu vernetzen und ihrem Handeln eine transnationale Dimension zu verleihen. Appadurai und Steunou streichen dies etwa in Zusammenhang mit den ihnen teuren diasporischen Öffentlichkeiten heraus: »These diasporic public spheres cannot be understood without recognizing the role of electronic media in creating new forms of imagined communities which cross national boundaries, maintain cybercontact and visualize new social identities and projects through mass media, such as television, e-mail, fax and telephone«.³⁶

Im letzten Abschnitt dieses Bandes stehen nicht einfach Sub-Öffentlichkeiten im Mittelpunkt, sondern Formen der Interaktion und des kollektiven Handelns, welche als Gegen-Öffentlichkeiten verstanden werden können, die auf nationaler oder transnationaler Ebene agieren. Spätestens seit Mitte der 1990er Jahre ist vor dem Hintergrund des Triumphes des Ultraliberalismus und der weltweiten Ausbreitung der »blauen Ökonomien« (Galtung) eine Wiederbelebung der Sozialkritik zu ver-

zeichnen. Sie ist wieder in stärker sichtbarer Form an die Seite jener Kritik getreten, welche als Kulturkritik die essenzialistisch, teilweise aber auch anti-essenzialistisch orientierten »Kämpfe um Anerkennung« fundiert. Immanuel Wallerstein, der nach dem Aufschwung der »antisystemischen Kräfte« im Weltsystem in der Zeit von 1945-1970 ihren Niedergang in der Periode 1970-2000 – der Phase der forcierten Globalisierung – konstatierte, hat die Formel vom »Geist von Porto Alegre« geprägt, der sich dem »Geist von Davos« entgegenstellt: »The Story from Chiapas to Seattle to Porto Alegre has been that of the emergence of a new kind of world antisystemic movement, sometimes called these days *altermondialisme*. My name for it is the spririt of Porto Alegre and I think it is going to be an important element in the world political struggles of the next 25-50 years.«³⁷ Am Beispiel der Effekte der Künstlerkritik, die sich eher mit der Kulturkritik als mit der Sozialkritik vernetzt hat, wurde von der von Soziologen wie Luc Boltanski und Bruno Latour entwickelten »Soziologie der Kritik« aufgezeigt, dass es mehr noch als auf die Intentionen von Kritik auf deren Funktionen ankommt.³⁸ Insofern kann nur die Geschichte erweisen, welche sozialen und kulturellen Bewegungen als Gegenöffentlichkeiten einzustufen sind und welche letztlich wider ihre Absichten als Avantgarde für die nächste große Verschiebung und Metamorphose des Systems fungieren.

Es bleibt noch, all denjenigen zu danken, die mit ihren Beiträgen und ihrer Arbeit zu diesem Band, aber auch zum Symposium *Publicum* im *Kunstraum der Universität Lüneburg* sowie zum Gesamtprojekt *republicart* auch zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung einer bestimmten Form von Öffentlichkeit beigetragen haben.

ANMERKUNGEN

¹ Zur Wort- bzw. Begriffsgeschichte vgl. Peter Uwe Hohendahl (2000), »Einleitung«. In: Ders. u. a. (Hg.), *Öffentlichkeit. Geschichte eines Begriffs*. Stuttgart, S. 1-7.

² Vgl. dazu Sheyla Benhabib (1995), *Selbst im Kontext*. Fft. am Main, S. 122ff. und Nancy Fraser (1992), »Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy«. In: Craig Calhoun (Hg.), *Habermas and the Public Sphere*. Cambridge, Mass. / London, S. 128ff.; Judith DeCew (2002), »Privacy«, in: Edward N. Zalta (Hg.) *The Stanford Encyclopedia of Philosophy*, <http://plato.stanford.edu/archives/sum2002/entries/privacy/>.

³ Catherine MacKinnon (1989), *Toward a Feminist Theory of the State*. Cambridge, Mass.

⁴ So schreibt etwa Thomas Lemke: »For Foucault the state itself is a ›technology of government‹; since it is ›the tactics of government which make possible the continual definition and redefinition of what is within the competence of the state and what is not, the public versus the private, and so on, thus the state can only be understood in its survival and its limits on the basis of the general tactics of governmentality.« Thomas Lemke (2003), »Comment on Nancy Fraser: Rereading Foucault in the Shadow of Globalization«. *Constellations*, Jg. 19, Nr. 2, S. 172ff.

⁵ Vgl. Axel Gosseries (2005), »Publicity«, in: Edward N. Zalta (Hg.): *The Stanford Encyclopedia of Philosophy*, <http://plato.stanford.edu/archives/spr2005/entries/publicity/>.

⁶ Warner zufolge kann öffentlich bedeuten (Antonyme in Klammern): 1) offen für jeden (begrenzt auf einige), 2) für Geld zugänglich (geschlossen selbst für jene, die über Geld verfügen), 3) staatsbezogen bzw. auf den öffentlichen Sektor bezogen (nicht-staatlich, zivilgesellschaftlich), 4) politisch (nicht-politisch), 5) offiziell (nicht-offiziell), 6) allgemein (speziell), 7) unpersönlich (persönlich), 8) national oder populär (auf Gruppen, Klassen oder lokale Gegebenheiten bezogen), 9) international oder universell (partikular oder endlich), 10) in physischer Sicht von anderen (verborgen), 11) außerhäuslich (innerhäuslich), 12) in Druckmedien oder elektronischen Medien verbreitet (oral oder in Manuskriptform verbreitet), 13) weithin bekannt (nur Initiierten bekannt), 14) ausdrücklich und explizit (stillschweigend und implizit) und im Anschluss an Hannah Arendt schließlich 15) »die Welt selbst«, insofern sie uns gemeinsam ist (unser privater Platz in der Welt). Vgl. Michael Warner (2002), *Publics and Counterpublics*. New York, S. 29f.

⁷ Vgl. z. B. Niklas Luhmann (1970), »Öffentliche Meinung«, in: *Politische Jahresschrift*, Bd. 11, Nr. 1, S. 2-28.

⁸ Zu Habermas vgl. u. a. Craig Calhoun (Hg.), (1992), *Habermas and the Public Sphere*. Cambridge, Mass.; Arthur Strum (2000), »Öffentlichkeit von der Moderne zur Postmoderne: 1960-1999«. In: Peter Uwe Hohendahl u. a. (Hg.), a. a. O., S. 92-123; Douglas Kellner (2001), »Habermas, the Public Sphere, and Democracy: A Critical Intervention«. <http://www.gseis.ucla.edu/faculty/kellner/kellner.html>

⁹ Zu Rawls vgl. u. a. Evan Charney (1998), »Political Liberalism, Deliberative Democracy, and the Public Sphere«. *American Political Science Review*, 92, S. 97-111; Axel Gosseries, »Publicity«. In: Edward N. Zalta (Hg.), (2005), a. a. O.; Charles Lamore (2003), »Public Reason«. In: Samuel Freeman (Hg.), *The Cambridge Companion to Rawls*. Cambridge, Mass., S. 368-393.

¹⁰ Vgl. »Eine Bibliographie zum Begriff der Öffentlichkeit«. In: Peter Uwe Hohendahl u. a. (Hg.), 2001, a.a.O., S. 124-179.

¹¹ Vgl. John Rawls (1993), *Political Liberalism*. New York, S. 212ff.

¹² Vgl. Hannah Arendt (1960), *Vita activa oder vom tätigen Leben*. Stuttgart. Arendt skizziert in diesem Band die für die Moderne aus ihrer Sicht charakteristische Differenzierung von Politik, Wirtschaft und Familie bzw. Haushalt. Erzählt wird die Verfallsgeschichte vom »Aufstieg des Gesellschaftlichen« im Sinne einer Verdrängung des Politischen, die mit dem Verlust der Unterscheidung von Öffentlichem und Privatem bzw. mit der Entleerung des öffentlichen Raumes einhergeht, weil die einzelnen nicht mehr »handeln«, sondern sich bloß noch als Produzenten, Konsumenten etc. »verhalten«. Vgl. Shiraz Dossa (1989), *The Public Realm and the Private Self: The Political Theory of Hannah Arendt*. Waterloo, Ont.

¹³ Zur Unterscheidung von Identitäts- und Statuspolitik vgl. Nancy Fraser (2000), »Redistribution, Recognition, and Participation: Toward an Integrated Conception of Justice«, UNESCO, *World Culture Report*, no. 2. Paris, S. 48-57.

¹⁴ Sheyla Benhabib (1995), *Selbst im Kontext*. Fft. am Main, S. 116.

¹⁵ Der Begriff des Konstruktivismus wird hier nicht epistemologisch gebraucht, sondern im Sinne der dreiseitigen Wissenschaft, welche Theorie, Kritik und Konstruktion umfasst und bei Letzterer den Entwurf potenzieller Welten vor Augen hat. Vgl. Johan Galtung (1978), *Methodologie und Ideologie*. Fft. am Main.

¹⁶ Vgl. Francois Lyotard, (1986/1979), *Das postmoderne Wissen*. Wien, S. 187ff. Zur poststrukturalistischen Kritik an Theorien der Öffentlichkeit und einer Replik seitens eines Vertreters der kritischen Theorie vgl. Villa, Dana R. (1992), »Postmodernism and the Public Sphere«. *The American Political Science Review*, 86, S. 712-721 und James Johnson (1994), »Public Sphere, Postmodernism and Polemic«. *The American Political Science Review*, 88, S. 427-430 und Dana Vila (1994), »Response«. Ebd., S. 430-433.

- ¹⁷ Vgl. eine in diese Richtung gehende Kritik an Lyotard von Pierre-André Taguieff, »Die ideologischen Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus«. In: Uli Bielefeld (1991) (Hg.), *Das Eigene und das Fremde*. Hamburg, S. 236ff.
- ¹⁸ Vgl. Chantal Mouffe (1997), »Deliberative Demokratie oder kämpferischer Pluralismus«. In: Beatrice von Bismarck u. a. (Hg.), *Öffentlich/Privat*. Köln-Lüneburg (Kunstraum der Universität Lüneburg), S. 21-41.
- ¹⁹ Oskar Negt und Alexander Kluge (1972), *Öffentlichkeit und Erfahrung*. Fft. am Main.
- ²⁰ Vgl. Carol Pateman (1987), »Feminist Critiques of the Public/Private Dichotomy«. In: Phillips, Anne (Hg.), *Feminism and Equality*. Oxford, S. 103-126; Carol Pateman (1988), »The Fraternal Social Contract«, in: J. Keane (Hg.), *Civil Society and the State*, London, S. 105ff.
- ²¹ Vgl. Jürgen Habermas (1990), »Vorwort zur Neuauflage 1990«. In: Ders., *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Fft. am Main, S. 20f.
- ²² Vgl. Arjun Appadurai und Katerina Stenou (2000), »Sustainable Pluralism and the Future of Belonging«. UNESCO, *World Culture Report*. Paris, S. 111-123.
- ²³ Einen dezidiert kulturalistisch-identitätspolitischen Zugang zur Theorie der Öffentlichkeit vertritt z. B. Bruce Robbins (1993), »Introduction: The Public as Phantom«. In: Ders. (Hg.), *The Phantom Public Sphere*. Minneapolis-London, S. VII-XXVI.
- ²⁴ Vgl. Thomas Bénatouil »Critique et pragmatique en sociologie«, *Annales HSS*, März-April 1999, Nr. 2, S. 281-317.
- ²⁵ Pierre Bourdieu (2001) *Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft*. Fft. am Main, S. 101.
- ²⁶ Ebd. S. 86.
- ²⁷ Vgl. Pierre Bourdieu, »L'opinion politique n'existe pas«. *Les Temps modernes*, 318, 1973, S. 1292-1309 (dt. in: Ders., *Soziologische Fragen*, 1993 (1980), Fft. am Main, S. 212-223.)
- ²⁸ Pierre Bourdieu (1962), »De la guerre révolutionnaire à la révolution«, in: F. Perroux (Hg.), *L'Algérie de demain*, Paris, S. 5-13. Dt.: »Vom revolutionären Krieg zur Revolution«, in: P. Bourdieu (2003), *Interventionen 1961-2001*. Bd. I. Hamburg, S. 31-39.
- ²⁹ Entsprechende Forderungen, die transnationale Ebene zu berücksichtigen, wurden z. B. von Robbins (1992), a. a. O. erhoben. Vgl. zu dieser Problematik aus feministischer Sicht auch McLaughlin, Lisa McLaughlin (2004) »Feminism and the political economy of transnational space« *The Sociological Review*, Vol. 52, Issue 1, S. 156ff.
- ³⁰ Zur Kritik des Eurozentrismus vgl. Sebastian Conrad und Shalini Randeria (Hg.) (2002), *Jenseits des Eurozentrismus*. Fft. am Main; André Gunder Frank (1998), *ReOrient*. Berkely; Samir Amin (1989), *Eurocentrism*. New York; James Blaut (1993), *The Colonizer's Model of the World*. New York.
- ³¹ Vgl. z. B. Simon Sheikh (Hg.) (2005), *In the Place of the Public Sphere*. Berlin.
- ³² Jürgen Habermas (1990/1961), a. a. O., S. 259ff.
- ³³ Jürgen Habermas (1990), a. a. O., S. 31.
- ³⁴ Vgl. John Fiske und John Heartley (1989), *Reading Television*. London - New York, John Fiske (1989), *Understanding Popular Culture*. Boston.
- ³⁵ Vgl. z. B. Observatoire des médias. Acrimed. Action-critique-médias. <http://www.acrimed.org/mot221.html>
- ³⁶ Arjun Appadurai und Katerina Stenou (2000), a. a. O., S. 114.
- ³⁷ Immanuel Wallerstein (2005), »After Developmentalism and Globalization, What?«, *Social Forces* <https://socialforces.unc.edu/themes/UncSOCF/pdf/CORNELL.pdf>.
- ³⁸ Vgl. Luc Boltanski und Eve Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz 2003.